

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

Plenarsitzungsdokument

ENDGÜLTIG
A5-0258/2004

7. April 2004

BERICHT

über den Tätigkeitsbericht der Europäischen Investitionsbank für 2002
(2004/2012(INI))

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

Berichterstatlerin: Christa Randzio-Plath

INHALT

	Seite
GESCHÄFTSORDNUNGSSEITE.....	4
ENTWURF EINER ENTSCHLIESSUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS.....	5
EXPOSICIÓN DE MOTIVOS	9
MINDERHEITENANSICHT	13

GESCHÄFTSORDNUNGSSEITE

Mit Schreiben vom 3. Juni 2003 übermittelte die EIB dem Europäischen Parlament ihren Tätigkeitsbericht, der zur Information an den Ausschuss für Wirtschaft und Währung überwiesen wurde.

In der Sitzung vom 12. Februar 2004 gab der Präsident des Europäischen Parlaments bekannt, dass dem Ausschuss für Wirtschaft und Währung die Genehmigung zur Ausarbeitung eines Initiativberichts über den Tätigkeitsbericht der Europäischen Investitionsbank gemäß Artikel 47 Absatz 2 und Artikel 163 der Geschäftsordnung erteilt wurde.

Der Ausschuss hatte in seiner Sitzung vom 27. November 2002 Mónica Ridruejo als Berichterstatterin benannt.

Er prüfte den Berichtsentwurf in seinen Sitzungen vom 23. Februar, 16. März und 6. April 2004.

In der letztgenannten Sitzung nahm der Ausschuss den Entwurf einer Entschließung mit 19 Stimmen bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung an.

Bei der Abstimmung waren anwesend: Christa Randzio-Plath, Vorsitzende und Berichterstatterin; Philippe A.R. Herzog, stellvertretender Vorsitzender; John Purvis, stellvertretender Vorsitzender; Hans Udo Bullmann, Ieke van den Burg (in Vertretung von Pervenche Berès), Harald Ettl (in Vertretung von Peter William Skinner), Robert Goebbels, Lutz Goepel (in Vertretung von Ingo Friedrich), Lisbeth Grönfeldt Bergman, Mary Honeyball, Brice Hortefeux, Othmar Karas, Alain Lipietz, Astrid Lulling, Thomas Mann (in Vertretung von Christoph Werner Konrad), Hans-Peter Mayer, Marcelino Oreja Arburúa (in Vertretung von José Manuel García-Margallo y Marfil gemäß Art. 153 Abs. 2 der Geschäftsordnung), Bernhard Rapkay, Mónica Ridruejo, Olle Schmidt, Mikko Pesälä (in Vertretung von Carles-Alfred Gasòliba i Böhm) und Alexander Radwan.

Gemäß Artikel 161 Abs. 3 der Geschäftsordnung hat die Berichterstatterin Mónica Ridruejo ihren Namen als Berichterstatterin zurückgezogen; ihre Minderheitenansicht ist beigefügt.

Der Bericht wurde am 7. April 2004 eingereicht.

ENTWURF EINER ENTSCHEIDUNG DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

zu dem Tätigkeitsbericht der Europäischen Investitionsbank für 2002 (2004/2012(INI))

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf die Artikel 266 und 267 des EG-Vertrags, durch die die Europäische Investitionsbank (EIB) errichtet wurde, und das dem Vertrag als Anhang beigefügte Protokoll über die Satzung der Bank,
 - unter Hinweis auf den Beschluss seiner Konferenz der Präsidenten vom 15. Mai 1996, eine jährliche Aussprache über die Prioritäten der Darlehenspolitik, den Jahresbericht und die Leitlinien der EIB im Ausschuss für Wirtschaft und Währung abzuhalten,
 - in Kenntnis der Jahresberichte der EIB-Gruppe – des Finanzberichts, des Tätigkeitsberichts und des Berichts über finanzierte Projekte und statistische Übersichten 2002 – sowie des Jahresberichts des Europäischen Investitionsfonds, des Operativen Gesamtplans 2003 bis 2005, des Jahresberichts des Prüfungsausschusses und der diesbezüglichen Antwort des Direktoriums, sowie unter Hinweis auf die Diskussionen mit dem Präsidenten der EIB im Ausschuss für Wirtschaft und Währung am 16. Juni 2003,
 - unter Hinweis auf die Bemerkungen des Jahresberichts 2002 des Rechnungshofs, die Kooperationsvereinbarung zwischen der Kommission und der EIB vom Januar 2000 und das Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften vom 10. Juli 2003 in der Rechtssache C-15/00 betreffend die Weitergabe von Informationen an OLAF,
 - unter Hinweis auf die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Lissabon vom 23. und 24. März 2000 sowie des Europäischen Rates von Göteborg vom 15. und 16. Juni 2001,
 - unter Hinweis auf seine Entschließung vom 21. November 2002 zu dem Jahresbericht der Europäischen Investitionsbank für 2001¹,
 - gestützt auf Artikel 47 Absatz 2 und Artikel 163 seiner Geschäftsordnung,
 - in Kenntnis des Berichts des Ausschusses für Wirtschaft und Währung (A5-0258/2004),
- A. in der Erwägung, dass die EIB-Gruppe eine politisch ausgerichtete öffentliche Bank ist, die durch den EG-Vertrag als wichtigste Finanzinstitution zur Verwirklichung der Ziele der EU eingesetzt wurde (Artikel 267 des Vertrags),
- B. in der Erwägung, dass die EIB daher den Bürgern Rechenschaft ablegen muss, da sie sich verpflichtet hat, die Kodizes der Transparenz und der guten Corporate Governance einzuhalten,
- C. in der Erwägung, dass die EIB ihre Eigenmittel und die ihr von der EU eigens

¹ ABl. C 25 E vom 29.1.2004, S. 390.

anvertrauten Mittel bewirtschaftet,

- D. in der Erwägung, dass die EIB ihre Funktion auf der Grundlage dreier wesentlicher Tätigkeitsbereiche ausübt, nämlich a) Einzeldarlehen, Globaldarlehen und strukturierte Operationen, b) Bürgschaften und c) Risikokapital und Europäischer Investitionsfonds (EIF),
- E. in der Erwägung, dass die Tätigkeiten der EIB der demokratischen Kontrolle des Europäischen Parlaments in Bezug auf die allgemeine Ausrichtung der Tätigkeiten der EIB unterliegen, dass jedoch gemäß dem Protokoll über die Satzung der Europäischen Investitionsbank der Rat der Gouverneure „die allgemeinen Richtlinien für die Kreditpolitik der Bank erlässt“ (Artikel 9 Absatz 2), dass der Verwaltungsrat der EIB die „ausschließliche Entscheidungsbefugnis“ für die Kredit- und die Bürgschaftspolitik der Bank besitzt (Artikel 11), und dass das Europäische Parlament weder die Zuständigkeit noch die Befugnis besitzt, eine Finanzkontrolle auszuüben oder die Jahresabschlüsse der EIB zu genehmigen,
- F. in der Erwägung, dass die EIB bei der Ausarbeitung und der Aussprache seiner Entschlüsse vom 15. Februar 2001¹ zu den Maßnahmen nach dem Jahresbericht der Europäischen Investitionsbank, vom 5. Februar 2002 zu dem Jahresbericht der EIB für 2000² und vom 21. November 2002 zu dem Jahresbericht der Europäischen Investitionsbank für 2001³ voll und ganz mit dem Europäischen Parlament zusammengearbeitet hat und dass sie die Empfehlungen bezüglich der Transparenz und der „Good governance“ befolgt hat,
- G. in der Erwägung, dass die EIB wie alle europäischen Institutionen und Agenturen ein Muster an Transparenz, Redlichkeit und „Good governance“ sein sollte,
- H. in der Erwägung, dass diese Ziele Gegenstand einer öffentlichen, objektiven und kontroversen Diskussion sein müssen,
- I. in der Erwägung, dass die EIB aufgrund ihres anerkannten Sachverstands bei der Ermittlung von technisch, wirtschaftlich, finanziell und ökologisch lebensfähigen und nachhaltigen Projekten eine Katalysatorrolle bei der Kapitalbeschaffung für Investitionsprojekte spielt,
- J. in der Erwägung, dass die Tätigkeiten der EIB nicht mit denjenigen anderer kommerzieller Banken vergleichbar sind, weil die EIB Darlehen nur für Investitionsprojekte und nicht für den allgemeinen Kapitalbedarf öffentlicher oder privater Unternehmen vergibt,
- K. in der Erwägung, dass die Hauptaufgabe der EIB darin besteht, Investitionen zur Förderung der nachhaltigen Entwicklung sowie des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der EU zu unterstützen und dass ihre vorrangigen Aufgaben zusammen mit dem EIF die Finanzierung der KMU, die F&E-Politik, die Entwicklung der

¹ ABl. C 276 vom 1.10.2001, S. 161

² ABl. C 284 E vom 21.11.2002, S. 25

³ ABl. C 25 E vom 29.1.2004, S. 224

Informationsgesellschaft, der Umweltschutz, die Regionalförderung sowie Investitionen in Bildungs-, Beschäftigungs-, Gesundheits- und soziale Infrastrukturen sind,

- L. in der Erwägung, dass die Bedeutung der Rolle der EIB auch für die Umsetzung der Wachstumsinitiative im Rahmen ihres i2i-Programms zur Unterstützung der Lissabonner Agenda anerkannt wird,
- M. in der Erwägung, dass die EIB nach dem Urteil des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften (Rechtssache C-15/00) sich genauso wie alle übrigen Organe, Gremien, Ämter und Einrichtungen der Gemeinschaft der Überwachung durch OLAF zu unterwerfen hat,
1. begrüßt den jährlichen Tätigkeitsbericht der EIB sowie die Tatsache, dass die EIB erstmals dem EP den Bericht ihres Prüfungsausschusses und weitere Dokumente übermittelt hat;
 2. begrüßt, dass sich die Transparenz der Informationen, die die EIB der Öffentlichkeit zur Verfügung stellt, verbessert hat;
 3. beglückwünscht die EIB zur ihren Rating-Bewertungen;
 4. beschließt, im Herbst 2004 eine öffentliche Anhörung über die Tätigkeiten der EIB und die Ausrichtung ihrer Maßnahmen zu veranstalten, um eine transparente Debatte über dieses Thema fortzusetzen; stellt fest, dass der Präsident der EIB Interesse an dieser Initiative gezeigt und erklärt hat, dafür zur Verfügung zu stehen;
 5. erkennt den besonderen Status der EIB an und ersucht die EIB in diesem Zusammenhang, Vorschläge vorzulegen, die mit dem Aktionsplan der Europäischen Kommission zur Modernisierung des Gesellschaftsrechts und zur Verbesserung der „Corporate governance“ (KOM(2003) 284) sowie mit den Entschlüssen des Parlaments zur Beaufsichtigung der Finanzdienstleistungen und zur „Corporate governance“ vereinbar sind;
 6. empfiehlt der EIB, die Art und den endgültigen Bestimmungszweck ihrer Globaldarlehen zur Unterstützung der KMU oder von kleinen und mittleren Infrastrukturen und anderen öffentlichen Arbeiten weiterhin zu verbessern und besser zu veranschaulichen, da aus den analysierten Informationen hervorgeht, dass 45% der Globaldarlehen zur Finanzierung von KMU verwendet werden;
 7. unterstützt die EIB in ihren Bemühungen, ihre Koordinierung mit der Kommission zu optimieren und das Parlament darüber hinsichtlich der EU-Strukturfonds und des Kohäsionsfonds zu informieren;
 8. betont erneut die Notwendigkeit, die EIB einer Bankenaufsicht zu unterstellen, sei es durch die Europäische Zentralbank oder eine sonstige Einrichtung, die sich mit der Bankenaufsicht auf europäischer Ebene befasst; stellt erneut fest, dass dies im Vertrag geregelt werden muss; ersucht daher die Kommission und die Mitgliedstaaten, eine entsprechende Initiative zu ergreifen, und fordert die EIB auf, entsprechende Möglichkeiten aktiv zu prüfen und dem Parlament darüber Bericht zu erstatten;

9. begrüßt die Tatsache, dass die EIB die von der Kommission festgelegte Definition der KMU übernommen hat, und unterstützt sie in ihren Bemühungen, dies in die Tat umzusetzen;
10. fordert die EIB, den Rechnungshof und die Kommission erneut nachdrücklich auf, die Dreier-Vereinbarung nach ihrem Auslaufen am 19. März 2003 so zu ändern, dass der Rechnungshof ermächtigt wird, sowohl die Bürgschaft als auch den jeweils zugrunde liegenden Vorgang zu prüfen, wenn die EIB Darlehen vergibt; ist der Auffassung, dass eine Verbesserung der Aufsicht über die EIB weiter geprüft werden sollte, und vertritt die Ansicht, dass das Europäische Parlament darin einbezogen werden muss; ersucht die beteiligten Parteien, die Dreier-Vereinbarung außerdem so zu ändern, dass der Rechnungshof in Bezug auf die EIB zumindest die gleichen Prüfungsbefugnisse erhält wie bei der EZB, insbesondere für die Prüfung der operationellen Effizienz des Managements der EIB;
11. schlägt der EIB vor, regelmäßig eine Evaluierung ihres Finanzgebarens vorzulegen, die unter anderem eine separate Bewertung ihrer direkten Darlehenstätigkeit und der Darlehenstätigkeit über Dritte (Darlehen, Risikokapital, Fonds usw.) und ihrer Transaktionen mit Derivaten enthält;
12. ersucht die EIB, das Parlament über die Umsetzung der im Jahresbericht des Prüfungsausschusses und den Sektorberichten der Abteilung Evaluierung der Operationen enthaltenen Empfehlungen zu informieren;
13. empfiehlt der EIB, auch Informationen über etwaige fehlgeschlagene Projekte zu veröffentlichen, um aus derartigen Fehlschlägen zu lernen;
14. nimmt Kenntnis von der Verpflichtung der EIB, einen umfassenden Zugang zu den Informationen zu gewähren, die für die Prüfung durch den Rechnungshof (erforderlichenfalls auch vertrauliche geschäftliche oder marktempfindliche Informationen) und für die Überwachung durch OLAF und den Gerichtshof erforderlich sind;
15. bedauert, dass die auf der Homepage der EIB enthaltenen Informationen nur in drei Gemeinschaftssprachen verfügbar sind und ersucht die EIB, die auf ihrer Homepage enthaltenen Informationen in weiteren Gemeinschaftssprachen zugänglich zu machen;
16. fordert das neu gewählte Europäische Parlament auf, eine Anhörung von Sachverständigen zu den EIB-Jahresberichten 2003 und 2004 zu veranstalten und Schlussfolgerungen für den Lissabonner Prozess bezüglich der Politiken der EIB zu formulieren;
17. fordert die EIB auf, dem Europäischen Parlament und der Öffentlichkeit zusammen mit der Vorlage des Jahresberichts der EIB alljährlich eine schriftliche Zusammenfassung der Maßnahmen vorzulegen, die im Anschluss an die Bemerkungen des Parlaments zum vergangenen Jahresbericht ergriffen wurden;
18. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung dem Rat, der Kommission und der EIB zu übermitteln.

EXPOSICIÓN DE MOTIVOS

Introducción

El BEI, institución perteneciente a la Unión Europea (UE), fue creado en el año 1958 bajo los auspicios del Tratado de Roma, y se trata de un banco público con orientación política cuyos accionistas son los Estados Miembros (EM). Su misión consiste en contribuir a la integración y cohesión europea apoyando las inversiones de capital y préstamo en interés de la Unión, particularmente en el desarrollo de las regiones más atrasadas. Asimismo, el BEI es el accionista mayoritario del FEI, con un 61% de su capital, creado en 1994 y con un mandato para la promoción, creación y desarrollo de PYMEs en la UE y países candidatos a través de operaciones de capital-riesgo, especialmente en sectores tecnológicos.

Todo ello otorga al BEI una reputación crediticia cuasi-soberana AAA, y lo convierte en la mayor institución financiera supranacional superando, a finales del 2001, en un 40% el volumen de sus actividades respecto a las del Banco Mundial.

A pesar de su peso, parece que la existencia del BEI pasa desapercibida para la inmensa mayoría del público europeo, bien en sus funciones, bien en sus objetivos u operaciones e incluso en su existencia.

Política de información, transparencia y auditoría

Tras los diversos escándalos financieros que han creado una grave crisis en los sistemas de gobierno corporativo recientemente, los legisladores han tomado diversas medidas cautelares para mejorar la transparencia informativa de las sociedades con el fin de mejorar la confianza y protección de sus accionistas. Los informes Winter y Sarbanes-Oxley, en la UE y USA respectivamente, han tratado de sistematizar las carencias corporativas e incluir recomendaciones con el fin de asegurar la aplicación coherente de principios de buen gobierno societario, exigiendo órganos de gobierno independientes y responsables, sistemas de garantía de la información facilitada, calidad en la información presentada etc, y, ante todo, transparencia en las actividades y su control.

En lo que respecta al BEI, hemos constatado que ha habido ciertos progresos en cuanto a transparencia se refiere, esfuerzos en convertirse en un banco moderno, abierto y flexible, pero sin alcanzar aún los estándares internacionalmente aceptados, como los establecidos por los informes mencionados anteriormente. El objetivo de este Informe es hacer un llamamiento a las instancias rectoras del banco para que encaucen este tipo de planteamientos.

En especial, el Grupo BEI deberá de nombrar un Comité de Nombramientos y Retribuciones, hacer público el modo de designación de los Miembros del Consejo de Administración y de sus Comisiones e incorporar administradores independientes al Consejo de Administración y sus Comisiones. Asimismo, creemos que resulta de vital importancia que el Banco instaure urgentemente, tal y como recomendó el Comité de Auditoría en su informe del año 2002, entre otros, criterios de separación de funciones y publique las actividades de los Comités así como las actividades de los administradores en el cumplimiento de sus objetivos. Se deberán observar, asimismo, las recomendaciones de la Unidad de Evaluación de Operaciones.

Puede afirmarse que la tabla salarial publicada en la web del Banco no cumple los requisitos del buen gobierno societario, pues de ella no se deduce las compensaciones y los salarios individualizados de los consejeros, directivos y demás empleados del grupo BEI en detalle, ni otras remuneraciones, así como otros cargos y ocupaciones profesionales. Tampoco pueden deducirse las remuneraciones de aquellos que poseen dos cargos dentro de la estructura del BEI.

Por ello se pide la publicación de las remuneraciones, compensaciones y atenciones de los Consejeros y Directivos en su tramo fijo y variable. Asimismo, se deberán aportar una declaración anual de ingresos y bienes, y una declaración de conflictos de interés, especificando si tienen relación directa o indirecta con las actividades del BEI.

En cuanto a la transparencia contable, se acoge con satisfacción el hecho de que el BEI haya proporcionado al Parlamento por primera vez en junio de 2002 una copia del Informe del Comité de Auditoría tras la autorización por el Consejo de Gobernadores. Pero en aras de asegurar la transparencia financiera de la entidad, resulta imprescindible la introducción del principio de que los auditores sean responsables de los informes de auditoría de las cuentas consolidadas de todo el grupo BEI. Deberán asimismo publicarse reglas de auditoría de alta calidad donde se definan, de un modo claro, la independencia y ética personal de los auditores. Por otro lado, se insta al BEI a que publique trimestralmente los avances en los trabajos de auditoría y las actas las reuniones de su Comité.

Y finalmente, como acción complementaria que permita contrastar la adecuación y compromiso del BEI con las mejores prácticas del gobierno societario, se hace necesario que el Banco publique en su página web, con una periodicidad anual, un informe acerca de su buen gobierno corporativo y que amplíe la información a todos sus campos de actividad.

Préstamos globales y capital riesgo

Tal y como hemos anunciado anteriormente, el BEI y el FEI tienen como misión la promoción, creación y desarrollo de las PYME en la UE y en países candidatos. Tras el análisis de su informe, se constata su impacto positivo en la creación de empleo producido por el crecimiento de las acciones de capital de riesgo y garantía efectuadas por el FEI. No obstante, debe mejorarse el control de la actividad de capital riesgo realizada directamente, y por los fondos en que invierte el FEI.

Para la consecución de dichos objetivos, el Grupo BEI tiene una estrecha colaboración con la comunidad bancaria europea, concretamente con más de 180 instituciones financieras en los Estados miembros. Para que las atractivas condiciones de financiación BEI sean efectivas, resulta necesario que el beneficiario principal sea el prestatario final, y no el banco intermediario, garantizando que el acceso al préstamo por parte del prestatario final sea a los tipos de interés marcados por el BEI, sin la existencia de márgenes adicionales impuestos por las instituciones financieras intermediarias. Los intermediarios podrán, en su caso, recibir una comisión de estudio o gestión única, sin que ello perjudique o altere las condiciones establecidas a priori.

Otro de los problemas a esta colaboración público-privada reside en que no existe información clara acerca de los proyectos que se están financiando, lo que dificulta concluir

su contribución al desarrollo sostenible y objetivos de la Unión. Además, estas relaciones dificultan el acceso público a la información, ya que los documentos pasan al dominio privado.

Evaluación de la eficiencia

El Informe Anual no define con precisión el destino y naturaleza de los préstamos globales y que estos no estén destinados únicamente a las PYMEs, ni la financiación de infraestructuras y otras obras públicas. Por ello, el Banco deberá desglosar la actividad prestataria por sectores de actividad y por países, de tal modo que pueda establecerse de un modo más claro el destino de sus fondos.

En lo que se refiere a la evaluación *ex-ante*, el Grupo BEI no informa de un modo suficiente y preciso acerca de los proyectos en los que desea participar al no aportar documentación relevante de los mismos. Es más, el BEI, a diferencia de otras instituciones financieras internacionales, como el Banco mundial o el Banco Europeo para la Reconstrucción y el Desarrollo (BERD), no tiene la obligación de realizar proyectos de impacto medioambiental antes de la aprobación de los mismos. El hecho de no poder conocer los criterios de selección de los nuevos proyectos dificulta demostrar la eficacia de su actividad.

Por ello se pide al BEI que emita informes donde se indiquen claramente los criterios de selección de los nuevos proyectos y si estos cumplen con la misión estatutaria y los objetivos económicos de la UE.

En cuanto a la evaluación *ex-post*, el departamento de Evaluación de Operaciones del Banco no realiza informes de puesta en práctica y evaluación de todos los proyectos aunque si ha publicado recomendaciones al respecto de este punto. Por ello, se pide al BEI que realice y publique, con una asiduidad suficiente en función de cada proyecto, informes de auto-evaluación e impacto con todos los datos relativos al funcionamiento de los proyectos.

El BEI en los mercados financieros y sus recursos propios

La condición crediticia cuasi-soberana del BEI le permite obtener recursos en los mercados de capitales en condiciones muy ventajosas. La presencia creciente del BEI en estos mercados se ve acompañada del uso de derivados financieros para gestionar riesgos, swaps de divisas y de tipos de interés y otros. Se pide que se opere con cuidado con estos instrumentos y que no se tomen posiciones especulativas.

También se constata que el BEI esta planeando diversificar su oferta de productos, a través de la nueva iniciativa de securitización de deuda a través de SPCs (*Special Purpose Companies*), productos que tienen grandes posibilidades si bien su riesgo aun no ha sido bien estudiado ni debatido adecuadamente.

La ampliación de la UE

La ampliación en 10 nuevos Estados miembros requiere del BEI una reorientación de sus políticas para integrar a estos países en el conjunto de la economía europea. Es por ello que resulta necesario incrementar la proporción de préstamos concedidos a estos nuevos

miembros con respecto a los años 2002 y 2003, aumentando manifiestamente, las previsiones para años futuros.

Teniendo en cuenta que las economías de estos países recibirán grandes flujos de inversiones por parte de los fondos estructurales y de cohesión, sería interesante intensificar la cooperación entre el BEI y el BERD.

Relaciones con otras Instituciones Europeas

El Grupo BEI afirma colaborar estrechamente con otras instituciones europeas en la consecución de los objetivos comunitarios con el objetivo de promover y favorecer la integración europea y el desarrollo equilibrado de la Unión.

Existe un Acuerdo Tripartito entre la CE, el TC y el BEI que gobierna las relaciones de cooperación entre las tres instituciones. Bajo el mandato del artículo 248 del Tratado de la Unión Europea, el TC es responsable del examen contable de todos los ingresos y gastos de la Comunidad.

En el informe anual del TC para el año 2002, se ha instado al BEI a que facilite a la CE un informe de los gastos realizados en concepto de gestión de tesorería del FEI y datos detallados sobre la estructura de costes del Banco, así como mejora la calidad de las previsiones financieras al no resultar fiables en el pasado ni al final del 2002, ya que el exceso de desembolso pudo afectar a la gestión de la liquidez del FEI. Asimismo, insta al BEI a incluir un control de las garantías de los préstamos por parte de los auditores y comprobar en la fecha del desembolso final, el respeto de los límites en relación con el gasto efectivamente declarado. También pide actualizar los procedimientos de control interno y evitar y reparar los daños medioambientales en el caso de los proyectos financiados mediante un mejor control de los mismos.

En lo que respecta a la Oficina Europea de Lucha Anti-Fraude (OLAF) creada en el año 1999, que tiene poderes de conducir investigaciones administrativas de las instituciones, cuerpos, oficinas y agencias Comunitarias, el BEI tuvo un conflicto que tuvo que ser dirimido por el Tribunal de Justicia de las Comunidades Europeas (TJ) ya que el Banco decidió reservar el poder de conducir investigaciones en el seno de su organización.

Consecuentemente, la CE se vio obligada a interponer un recurso, resuelto el 10 de julio de 2003 por el TJ en el asunto C-15/00, donde el Tribunal falló que el BEI no tiene la potestad para reservarse el derecho a conducir dichas investigaciones dentro de su organización, otorgando todos los poderes a la OLAF.

MINDERHEITENANSICHT

gemäß Artikel 161 Abs. 3 der Geschäftsordnung
von Mónica Ridruejo, Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft und Währung

*Auf der Grundlage von Art. 161 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Europäischen Parlaments
stelle ich Folgendes fest:*

"Durch den Bericht in der geänderten Fassung wird mein Berichtsentwurf grundlegend verändert. Nach den mir vorliegenden Informationen sind die vorgenommenen Änderungen grundlos.

Ein MdEP hat sich bei seinen Änderungsanträgen darauf beschränkt, Argumente der EIB weiterzugeben, um dessen Mängel wettzumachen. Andere MdEP scheinen nicht zu begreifen, dass der ECON eine wirkliche Kontrolle über die EIB ausüben kann.

Es gibt keine Daten, die nahe legen, dass mein Berichtsentwurf unzutreffend ist. Keine Daten widerlegen die im Berichtsentwurf geäußerte Kritik an den schwerwiegenden Mängeln hinsichtlich Verwaltung, Transparenz und Rechenschaftspflicht. Es werden keine Verbesserungsvorschläge zu den vorgeschlagenen Empfehlungen vorgelegt. Es hat auch keine inhaltliche Debatte stattgefunden. Die meisten Änderungsanträge basieren auf dem Gedanken, dass vor allem weiter ein freundlicher Dialog mit der EIB geführt werden muss, selbst wenn man damit der EIB erlaubt, die Fiktion einer parlamentarischen Kontrolle als Garant ihrer Praktiken aufrecht zu erhalten.

Meiner Ansicht nach müssen MdEP für den Aufbau eines starken, effizienten und transparenten Europa eintreten, das die Interessen der Bürger vertritt und dabei nicht dem Druck von Lobbys nachgibt. Wer über Informationen über Unregelmäßigkeiten verfügt und diese nicht bekannt macht, macht sich zum Komplizen. Wer Probleme aufdeckt, die einer wesentlichen Verbesserung bedürfen, und dann keine klaren Korrekturmaßnahmen dafür vorschlägt, wird den Zielsetzungen des ECON nicht gerecht und untergräbt das Vertrauen der EU-Bürger in das Parlament. Ich möchte nicht als Komplize dieser Einstellung erscheinen und ziehe meinen Namen von diesem Bericht zurück."